

Frauenpolitik auf den Kopf gestellt

In letzter Zeit ist das Verschleierungsverbot für Frauen und auch das Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst wieder ein großes Thema. Außenminister Kurz hat eine Novellierung des Integrationsgesetzes in Begutachtung gegeben, in dem diese Verbote für muslimische Frauen verankert sind. In der Debatte wird immer wieder angeführt, dass die Vollverschleierung und das Kopftuch Zeichen der Unterdrückung der Frau sind.

„Aus frauenpolitischer Sicht möchte ich mich gegen diese Vorgehensweise dezidiert aussprechen“ erklärt Vorsitzende des Frauenhauses Burgenland Gabriele Arenberger.

„Für mich sind diese Verbote weder nachvollziehbar noch umsetzbar. Sollten die Frauen unterdrückt werden, dann kann man aus meiner Sicht nicht die Frauen dafür strafen, sondern muss sich gegen die Unterdrücker – meist Männer – aussprechen“, betont Alexandra Hentschel vom Frauenhaus Burgenland. „Mit einem Verbot würde man nur erreichen, dass sich die Frauen gänzlich aus dem öffentlichen Leben zurückziehen und eine Integration verunmöglicht wird.“

Arenberger weist auch auf ein Beispiel aus dem Arbeitsbereich des Frauenhauses hin. „Bis 2002 gab es im Burgenland den Regress für Frauen, die im Frauen- oder Sozialhaus Zuflucht vor Gewalt gesucht haben. Das bedeutete, dass Frauen dafür zahlen mussten, wenn sie sich aus der Gewaltsituation befreien wollten. Wenn die Frau kein Einkommen hatte, musste ihr Unterdrücker für die Kosten aufkommen. Darauf folgte meist wieder Gewalt gegen die Frau. Also eine Spirale der Unterdrückung, aus der sich die Frauen nicht selbst befreien konnten“.

Durch diesen Umstand hatten sich sehr wenige Frauen an das Frauenhaus gewendet um Hilfe zu suchen. Seit der Regress unter Landesrätin Dunst und Landesrat Rezar abgeschafft wurde, und das Frauenhaus im Sozialhilfegesetz Burgenland verankert wurde, hat es in der Gesellschaft einen wichtigen und vor allem richtigen Stellenwert bekommen. „Allein im Burgenland konnten in den letzten 10 Jahren immerhin fast 500 Frauen und deren Kinder aus Gewaltsituationen im Frauenhaus Hilfe und Unterstützung erfahren“, betont Kerstin Bedenik vom Frauenhaus Burgenland.

„Laut Bundesminister Kurz geht es bei der Vollverschleierung um ca. 150 Frauen österreichweit. Woher diese Zahl stammt, ist leider nicht nachvollziehbar“, wundert sich Frauenhaus-Mitarbeiterin Iga Zakrzewska. „Leider werde in der öffentlichen Diskussion allein das Kopftuch oder die Vollverschleierung immer mit religiösem Extremismus und Terror gleich gesetzt. Der Vollbart hingegen, ein männliches religiöses Zeichen des extremen Islams, wurde einfach in die Mode der Männer integriert und so aus jeglicher Integrationsdiskussion herausgenommen.“

„Ich möchte darauf hinweisen, dass sämtliche Terroranschläge in Europa von Männern mit Bart durchgeführt wurden.“ gibt Arenberger zu bedenken. Diese Tatsache zeigt, dass man das Pferd von hinten aufzäumt und Frauen in die Isolation treibt. „Man schafft keine Basis für Integration, wenn man Mitglieder einer Gesellschaft stigmatisiert. Damit erzeugt man genau den Nährboden, den religiöser Extremismus braucht und macht Frauen systematisch zu den schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft“, so auch Julia Paschenwein aus dem Frauenhaus Burgenland.

„Für mich wäre es schön, wenn „Mann“ aufhören würde, immer dann über Frauenköpfe hinweg zu bestimmen, wenn man keine wirklichen Lösungen für Probleme findet“, bekräftigt Arenberger. „Ein Verschleierungs- und Kopftuchverbot für Frauen wird den Terror nicht stoppen und auch die Integration nicht fördern. Es geht nur über Aufklärung und konsequente Umsetzung der internationalen Menschenrechte. Dazu gehört auch die Freiheit, dass sich Frauen kleiden dürfen, wie sie wollen.“

Literatur:

Fink, Giulia Anna (2016): Frauenmorde. Kampf gegen die tödliche Zweisamkeit. DerStandard, 25.11.2016.

<http://derstandard.at/2000048225734/Frauenmorde-Kampf-gegen-die-toedliche-Zweisamkeit>

o.A. (2017): Viel mehr Frauen- als Terrormorde. Frauensicht, 07.02.2017.

<http://www.frauensicht.ch/Gewalt/Viel-mehr-Frauen--als-Terrormorde>

APA (2017): Kurz für Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst. Die Presse, 06.01.2017.

<http://diepresse.com/home/innenpolitik/5150127/Kurz-fuer-Kopftuchverbot-im-oeffentlichen-Dienst>

APA (2017): Integrationsgesetz: FPÖ kritisch, Grüne teils, teils. DerStandard, 07.02.2017.

<http://derstandard.at/2000052216607/Integrationsgesetz-und-Integrationsjahr-sind-in-Begutachtung>

Marchart, Jan / Reisinger, Werner (2017): Die ominösen 150 Burkas. Wiener Zeitung, 03.02.2017.

http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/871996_Die-ominoesen-150.html